

Unter anderem in dieser Ausgabe:

PROTEST: GENUG IST GENUG, HEISSER HERBST, JETZT REICHT'S s. 1-4

KRIEG & FRIEDEN: UKRAINE UND RUSSLAND s. 7

AUS DER PARTEI: MITGLIEDER HÖRT DIE SIGNALE s. 8-9

HOMMAGE: INGEBORG HUNZINGERS TERRACOTTASTELEN s. 14

Veranstaltungstipp

Podiumsdiskussion zur Leiharbeit

Am 29. November 2022 diskutiert die AG Betrieb und Gewerkschaft über das Thema "Leiharbeit - Gerechtigkeit ist mehr als „Equal Pay“" im Tanzlokal Naumanns.

Seite 16

Mitteilungsblatt

Ausgabe 11/2022

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



15. Oktober 2022 Demonstration "Jetzt Reicht's!", Leipzig - mehr dazu auf S. 4

Foto: Kay Kammerth

Leipzigs Linke demonstriert: Genug ist Genug!

Uwe Fiedler Am Reformationstag demonstrierten wir als Leipziger LINKE gemeinsam mit dem SDS und der lokalen Uni-Gruppe des überregionalen Bündnisses „Genug ist Genug“ in der Innenstadt gegen die Inflationsschmerz und die Regierungspolitik, für echte Entlastungen und die Beteiligung der Krisenprofiteure an den Kosten.

Verschiedene Redebeiträge verdeutlichten die Auswirkungen der aktuellen Krise des Spätkapitalismus auf die Arbeit und das Leben von sehr vielen Menschen: zur Auftaktkundgebung auf dem gut besuchten kleinen Wilhelm-Leuschner-Platz sprachen keine „Großkopferten“ der Politik, sondern akut Betroffene des real existierenden Neoliberalismus. Zuerst ein ehemaliger Leiharbeiter, mittlerweile zwar fest angestellt, aber nach wie vor im stressigen Schichtdienst am Band - angetrieben vom gerechten Zorn gegen die

Tatsache, dass nach wie vor gewaltige Unterschiede in der Bezahlung für die gleiche Arbeit bestehen. Darauf sprach zu uns ein Erwerbsloser aus dem akademischen Prekariat, der wegen des Endes seiner befristeten Beschäftigung gerade darauf hoffen muss, dass irgendwo das nächste Projekt bewilligt wird.

Solidarität mit den Streikenden von Riesa Nudeln

Großen Applaus erhielt die in großer Zahl angereiste Delegation von Riesa Nudeln, die in ihrer vierten Streikwoche den Feiertag nutzten, um in Leipzig ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung von 2 Euro pro Stunde laut zu machen. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieser Zeilen erhalten die Beschäftigten beim ostdeutschen Marktführer, der in der Corona-Zeit gewisse keine Einbußen hinnehmen musste, von der westdeutschen Eigentümerfamilie gerade mal 51 Cent mehr als den gesetzlichen

Mindestlohn. Auf der Demo solidarisierten wir uns nicht nur verbal: der SDS konnte auch eine Spende für den Streikfonds überreichen - auf dem System-Change-Kongress am vorangegangenen Wochenende konnten über 1.000 Euro gesammelt werden.

Wir zogen kraftvoll durch die Petersstraße mit Rufen wie „Heißer Herbst und Heißer Winter - Gegen Habeck, Scholz und Lindner!“ und „Hoch mit den Löhnen, runter mit den Mieten!“ zum Marktplatz. Auf der Zwischenkundgebung kritisierte unser Leipziger Bundestagsabgeordneter Sören Pellmann nicht nur die Ampelregierung scharf, sondern zeigte in seiner Rede auch klar auf, dass die Rechten keinerlei soziale Alternative zu bieten haben. Die zweite Zwischenkundgebung auf dem Willy-Brandt-Platz wurde von Christian Schäfer bestritten, der die nach wie vor extrem kritische Situation in den Krankenhäusern anpran-



DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Auf Grund der Corona Pandemie und der Sommerpause finden die Sprechstunden eingeschränkt und teilweise telefonisch statt. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Do. 1. Dezember 2022, 17:00 Uhr, Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow

Sozialberatungen:

- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 17:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Vereinsberatung Anmeldung: prinzeessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: 7. Dezember 2022, 17:00 Uhr, Festsaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 14. Dezember 2022, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): 15. Dezember 2022, ab 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

gerte - ein Gesundheitssystem, das auf die Erzielung von Profiten ausgerichtet ist, stellt weder die Gesundheit der Patienten noch die Arbeitsbedingungen des medizinischen und Pflegepersonals in den Mittelpunkt. Auf dem Rückweg konnte unsere Demonstration am Augustusplatz noch ein passanter Kundgebung eines klassenkämpferischen Bündnisses in unseren Protestzug aufnehmen und gemeinsam der sich sammelnden Gruppe der sog. Bewegung Leipzig entgegen rufen: „Nationalismus raus aus den Köpfen!“

Unsere Abschlusskundgebung zurück auf dem kleinen Wilhelm-Leuschner-Platz stand ganz im Zeichen der studentischen Perspektive auf die Krisenpolitik. Gerade Studierende und Hochschulbeschäftigte wurden schon während der Pandemie von der Regierung ignoriert, in der Energiekrise auch

sehr lange vergessen. In Redebeiträgen der überparteilichen Uni-Gruppe „Genug ist Genug“ und des SDS wurden steigende Mieten und höhere Mensapreise kritisiert, die Energieversorgung in Bürger*innenhand und die Verlängerung des 9-€-Tickets gefordert.

Vom Versammlungsleiter noch der Hinweis: wir versammeln uns in diesem Herbst auf jeden Fall alle 14 Tage montags wieder in der Stadt, also am 14.11., am 28.11. und am 12.12., jeweils 18:00 Uhr auf dem kl. Wilhelm-Leuschner-Platz. Fazit des Abends: 500 Teilnehmer*innen angemeldet, mit etwa 350 gerechnet, waren wir in der Spitze über 700 Personen in einer klar linken Sozialprotestdemo, die breit getragen wurde und viele solidarische und klassenbewusste Perspektiven aufzeigen konnte.



„Genug ist genug“ – Uni Leipzig!

Frederick Schwieger Von den Hochschulen in die Gesellschaft!

Wir sind wütend! Wir, das sind Studierende verschiedenster Fachbereiche und Hochschulen, Auszubildende und Beschäftigte, die die aktuelle soziale Krise und ihre Auswirkungen nicht einfach akzeptieren wollen und die sich gemeinsam organisieren, um der aktuellen Krisenpolitik/ Belastungspolitik der Regierung etwas Wirksames entgegenzusetzen. Anfang Oktober gründeten wir deshalb die Gruppe "Genug ist Genug!" an der Uni Leipzig mit der Absicht, die Forderungen der bundesweiten Kampagne an die Leipziger Hochschulen zu tragen und den gesellschaftlichen Protest rund um die

ungerechte Handhabung der Preiskrise von links weiter zu bestärken.

Wir verstehen uns als kämpferisches, soziales und demokratisches Bündnis. Ziel unserer Bemühungen ist es, eine breite Mobilisierung anzutreiben, die gleichzeitig einen Anspruch auf langfristigen Bestand hat. Wir denken dabei, dass der Organisation rund um die Universität eine wichtige Rolle zukommen kann. Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben. Wir werden sowohl in die Uni hinein als auch über sie hinaus wirken und dabei schnell ins aktive Handeln kommen,

denn es herrscht allgegenwärtiger Taten-drang und breites Krisenbewusstsein. Derzeit beteiligen wir uns an ersten Aktionen.

Für die kommenden Wochen arbeiten wir an zwei zentralen Standbeinen:
Ein Teil der Gruppe konzentriert sich vorerst auf die Uni Leipzig. Sie verkörpert die Lebensrealität der Mehrheit, die bei den Treffen dabei sind, und bietet eine Grundlage, in der sich eine Organisation lohnt. Es gilt, hier vor Ort schnell in Bewegung zu kommen und eine stabile, beteiligungsorientierte Struktur aufzubauen, die im nächsten Schritt in der Lage ist, die breiteren gesellschaftlichen Konflikte mit anzupacken. Wir wollen „Genug ist Genug!“ als Mitmach-Ort an der Uni aufbauen, über welchen wir den gesellschaftlichen Protest prägen und verstärken. Unser erstes größeres Ziel ist eine studentische Vollversammlung, die wir im Dezember einberufen wollen. Dort sollen Betroffene der Studierenden, die besonders von den Preissteigerungen betroffen sind, über ihre Lebensrealität sprechen, es werden Forderungen beschlossen, die sich an die Universitätsleitung richten und am Ende können sich alle Anwesenden in unseren Aktionsgruppen einbringen. Außerdem wollen wir überlegen, wie wir als Studieren-

denschaft die anstehenden Tarifaueinandersetzungen Anfang 2023 unterstützen können!

Ein anderer Teil der Gruppe geht gezielt der Entstehung einer Genug Ist Genug!-Kampagne auf Stadt-Ebene nach und baut Kontakte zu Gewerkschaften und kämpferischen Beschäftigten auf. Unsere erste Aktion war hier die solidarische Unterstützung der streikenden Kolleg*innen bei Teigwaren Riesa vor Ort.

Unsere Kampagne soll an der Seite derer stehen, die in Tarifkonflikten für höhere Löhne und Entlastungen kämpfen, und an der Seite derjenigen, die besonders von den aktuellen sozialen Ungleichheiten und der von der Ampel ausgelösten Verarmungswelle betroffen sind. In den letzten Monaten waren es kämpferische Pfleger*innen, die vorge-macht haben, wie wir gewinnen können. Die kommenden Tarifkonflikte im öffentlichen Dienst, bei der IG Metall und in vielen weiteren Bereichen werden nicht einfach, doch wir, als Teil der Genug ist Genug!-Kampagne, werden uns einmischen, die Streikenden unterstützen und breiten Protest auf die Straße bringen. Darauf bereiten wir uns gemeinsam vor. Denn Genug ist Genug!

Die Kampagne Genug ist Genug! möchte alle progressiven Kräfte unter 6 einfachen und klaren Forderungen versammeln. Unser Protest richtet sich gegen die unsoziale Krisenpolitik der Regierung und gegen die Krisenprofiteure. Dabei wollen wir uns fest und zielgerichtet auf unsere gemeinsamen Forderungen fokussieren und Stärke aufbauen und uns gerade nicht an den üblichen linken Spaltungslinien abarbeiten.

Die Forderungen von Genug ist Genug! sind:

1. 1000€ Wintergeld für alle
2. 9€-Ticket verlängern
3. Löhne endlich erhöhen
4. Energiepreise deckeln
5. Energieversorgung in Bürgerhand
6. Krisenprofiteure besteuern

Ihr wollt die Preissteigerungen und die Verarmungswelle auch nicht länger hinnehmen? Dann schließt euch der Kampagne an! Jeder Mensch, der sich hier wiederfindet, ist willkommen, sich uns anzuschließen! Kommt gerne vorbei, wir freuen uns auf euch! Wir treffen uns derzeit alle zwei Wochen Montags an der Uni.

📍 Für weitere Informationen folgt uns gerne bei Instagram: @wirsagengenug_unileipzig



Fotos: Adam Bednarsky

Heiße-Herbst-Tour gastiert in Halle

Von DIE LINKE. Halle Die Heiße-Herbst-Tour der Linksfraktion gastierte am 1. November in Halle. Neben unseren Bundestagsgenoss*innen Petra Sitte, Sören Pellmann und Gregor Gysi sprachen mehrere Redner*innen u.a. vom Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen vor rund 1.000 Menschen aus Halle und Umgebung über linke Positionen zur aktuellen Teuerungskrise, auch in Folge des Ukraine-Krieges. Gemeinsam wurde ein Zeichen für Solidarität und soziale Gerechtigkeit gesetzt, gerade in Krisenzeiten. So kritisierten die Redner*innen die Tatsache, dass es keine ausreichenden Hilfen für die breite Mehrheit der Bevölkerung gibt, während die Energiepreispause schale Bestverdiener*innen bevorteilt. Andere wiederum kritisierten die soziale Schieflage, die sich daran zeige, dass es immer noch keine Übergewinnsteuer gibt.

Für uns ist klar: **Es braucht Umverteilung von oben nach unten und eine echte Sozialpolitik.**

Parallel organisierte der Hallesche Stadtverband einen „Markt der Solidarität“ auf dem sich nicht nur zivilgesellschaftliche Bündnispartner wie die Wärmestube der Stadtmission Halle, der Blinden- und Sehbehindertenverband u.a. vorstellten und ihre Hilfsangebote präsentieren konnten, sondern auch über 300 „Suppen gegen soziale Kälte“ ausgegeben wurden.

Dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit nicht bei allen eine große Rolle spielt, konnte man wieder einmal an den zwei störenden Kundgebungen aus dem rechtsextremen und verschwörungsideologischen Umfeld sehen. Diese Provokationen zeigen einmal

mehr, dass die (Re-)Aktionen aus diesem Spektrum nicht über platte Marktschreierei hinaus reichen. Die Energie- und Inflationskrise braucht konsequente Antworten von links, wie einen richtigen, sozial gerechten Gaspreisdeckel, einem Verbot von Strom- und Gassperren und endlich eine Abschöpfung von Übergewinnen der Energiekonzerne. Die Ampel-Regierung muss Druck von links bekommen, wir überlassen die Straße nicht den Rechten.

Auch GenossInnen aus Leipzig haben unsere Aktionen tatkräftig unterstützt und zusammen mit Genoss*innen aus dem Saalekreis und dem Burgenlandkreis, der Linksjugend und dem Studierendenverband SDS zu einer gelungenen Veranstaltung beigetragen. Dafür gab's natürlich auch den Dank der Hallenser*innen.



Fotos: Ariane Barth, Kay Kamieth

Bündnis „Jetzt Reicht`s“ zeigt: DIE LINKE agiert mit Bündnispartnerinnen auf Augenhöhe

Marco Böhme Bereits Anfang August haben sich auf Initiative des linXXnet Projekte- und Abgeordnetenkollektivs drei Dutzend Akteure aus Leipzig zusammengesetzt, um sich zu einem Aktionsbündnis gegen die steigende Preise bei Wärme, Strom, Lebensmitteln und Mobilität zu vernetzen. Dabei traten zunächst unterschiedliche Vorstellungen und mögliche Aktionsformen zu Tage, um der aktuellen Krisenpolitik der Bundesregierung etwas entgegenzusetzen.

Durch viel Kommunikation, Arbeitsgruppen und den weiteren Austausch ist es schließlich gelungen, am 9. September ein gemeinsames Aktionsbündnis mit dem Namen „Jetzt Reicht`s – wir frieren nicht für Profite“ zu gründen, welchem mittlerweile über 40 Initiativen und Gruppen angehören. Der gemeinsame Protestaufruf wird von DGB, verdi, Fridays for Future, Ökolöwe, SDS, Prisma, DIE LINKE, StuRas, Mietgemeinschaften, Mi-

grantische Gruppen, Jugendverbände und viele weitere Gruppen getragen.

Neben einigen kleineren Aktionen gab es am 15. Oktober eine große Demo in der Leipziger Innenstadt mit verschiedenen Zubringerdemos und starken Redebeiträgen. Nicht alles ist glatt gelaufen und so ein breites Bündnis erfordert viel Verständigung und Zeit – doch wir können stolz drauf sein, dass wir als linXXnet-Kollektiv und Partei es geschafft haben, gemeinsam mit der breiten Zivilgesellschaft und progressiven Forderungen in der Öffentlichkeit zu stehen.

Auch wenn die Bundesregierung nun immer mehr verspricht und auch in einzelnen Punkten handelt, reichen die bisherigen Maßnahmen zur Abmilderung der Krisenfolgen bei weitem nicht aus. Vor allem sind sie sozial ungerecht! Der Gaspreisdeckel muss vor der Heizperiode greifen, nicht erst

im Frühjahr! Die Kopplung des Strompreises auf den Preisbörsen an den teuersten Energieträger bzw. den Gaspreis (sog. Merit-Order-Prinzip) muss umgehend reformiert und eine staatliche Preiskontrolle wieder eingeführt werden! Es braucht ein Verbot von Energiesperren! Dass 49€-Ticket ist ein richtiger Schritt im Grundsatz, aber trotzdem zu teuer, um an die Erfolge des 9€-Tickets anzuknüpfen! Um die Preissteigerung bei den Lebensmitteln zu begrenzen, muss die Mehrwertsteuer in Kombination einer staatlichen Überwachung und nötigenfalls Festsetzung der Preisbildung (Preisgesetz) ausgesetzt werden!

Wir stehen also als Bündnis weiter bereit und werden auch in den kommenden Wochen und Monaten öffentlich wirksam werden. Wenn ihr euch beteiligen wollt, schreibt uns eine Mail an vernetzung@linxxnet.de



Bild vom 26. September 2022, Energieforum Lindenauer Markt, Foto: Gregor Henker

Let's talk about Energiepreise

Ronja Töpfer Podiumsdiskussion am Lindenauer Markt

Explodierende Gaspreise, steigende Strompreise – ein Thema, genauer gesagt das Thema, das uns in den letzten Wochen beschäftigt. Begleitet von Szenen aus dem öffentlichen Rundfunk, in denen Menschen plötzlich exorbitante Abschlagserhöhungen erhalten und Schlagzeilen über die sich steigernde Inflationsrate, ist in den letzten Wochen in den meisten Menschen auf nationaler Ebene und darüber hinaus eine Angst vor dem kommenden Winter erwachsen. Eine Angst, über die geredet werden muss.

So lud die DIE LINKE am Montag, den 26.09. auf dem Lindenauer Markt im Leipziger Westen zum Gespräch ein. Als das Podium, bestehend aus Manuela Grimm (DGB Nord-sachsen), Marco Böhme (Landtagsabgeordneter DIE LINKE), Nina Treu (Konzeptwerk Neue Ökonomie) und Maximilian Becker (Ende Gelände, aktives Mitglied DIE LINKE), kurz nach halb sechs die Diskussion einleitet, haben sich bereits einige Menschen eingefunden. Im Hintergrund der Veranstaltung ist ein weiterer Gast, die Verbraucherzentrale Sachsen, präsent, um an diesem Abend auch die persönlichen Anliegen der anwesenden Verbraucher:innen zu betreuen.

Das Podium beginnt zunächst mit einer faktischen und politischen Einordnung der aktuellen Situation. So verweist Böhme (MdL) etwa darauf, dass die Spekulation mit Gas- und insbesondere Strompreisen am Börsenmarkt kein neues Phänomen seien. Bereits seit Oktober 2021, im Zuge der Coronapandemie, sei eine Preissteigerungstendenz dieser Ressourcengüter zu beobachten, wobei DIE LINKE auch damals

schon die Forderung nach einer Preisdeckelung diesbezüglich vertrat. Umso mehr sei es jetzt erstrecht notwendig, diese politisch durchzusetzen und gleichzeitig die Spekulation mit jenen lebenswichtigen Grundressourcen zu verbieten.

Die Diskutierenden sind sich einig, dass eine Einmalzahlung und das geplante dritte Entlastungspaket der Bundesregierung insgesamt nicht ansatzweise ausreichen werden, um die kommenden finanziellen Nöte der Bevölkerung wirksam abzumildern, geschweige denn sie langfristig zu entlasten. Denn genau das brauche es jetzt – langfristige Lösungen. Warum, das verdeutlichen Böhme (MdL), Treu (Neue Ökonomie) und Grimm (DGB) auch an den von ihnen beobachteten Auswirkungen und Folgen für die Energiewende und die Arbeitnehmer:innen. So diene der geplante Rückgriff auf AKWs weder der flächendeckenden Energieabdeckung, da diese lediglich Strom produzieren, noch würden dadurch die Energiepreise effektiv nach unten gedrückt, ganz zu schweigen von langfristigen Problematiken, die der Rückgriff auf AKWs mit sich bringt. Treu betont zudem richtigerweise, dass es jetzt an der Zeit sei, bestehende Projekte, die sich für eine günstige Grundversorgung und die Energiewende einsetzen, staatlich zu subventionieren, etwa durch eine künftige Übergewinnsteuer.

Das Einführen einer solchen Steuer würde die Steuerzahler:innen insgesamt nicht nur aktuell, sondern auch langfristig entlasten, auch hier sind sich die Diskutierenden einig. Schließlich erschweren die steigenden Energiepreise auch aktuelle Tarifverhandlungen

und gefährden Arbeitsplätze, was keines der staatlichen Entlastungspakete ausgleichen wird, so Grimm (DGB). Progressives, staatliches Entlastungsvorbild könnte beispielsweise Spanien sein. Dieses plant nicht nur einen kostenlosen Nahverkehr, sondern auch die vorläufige Einführung einer sogenannten Reichensteuer.

Da derartiges hierzulande momentan noch nicht abzusehen ist, rufen die Diskutierenden zur Mobilisierung auf und verweisen auf die vom Energiebündnis „Jetzt reicht's!-Wir frieren nicht für eure Profite“ geplante Demonstration am 15.10. in Leipzig.

Während ein großer Teil der sich versammelten Zuschauenden den Diskutierenden durchaus zuzustimmen scheint, kommt es dennoch gelegentlich zu unterbrechenden Zwischenrufen von Passant:innen. „Wir werden immer ärmer!“, ruft einer, „[...] die Preise steigen trotzdem!“, ein anderer. Hier scheint vor allem Unmut und Angst über die aktuelle Situation mitzuschwingen, dem von den Diskutierenden mit Verständnis begegnet wird. Die Veranstaltung neigt sich dem Ende zu – nun können die Zuschauenden ihre Fragen an das Podium richten. Auch hier lässt sich besonders Angst und zum Teil auch Unverständnis gegenüber den politischen Akteur:innen raushören, wie ein Zuschauender mit den Worten „Die Politik lehnt sich zurück.“ ausdrückt.

Zum Schluss gibt es dennoch großen Applaus – auch wenn die Angst vor dem Winter weiterhin bleiben wird. Hoffen wir, dass sich das bald ändert.



Bild vom 15. Oktober 2022 Demonstration "Jetzt Reicht's!", Foto: Ariane Barth

Für ein kommunales Entlastungspaket

Volker Külöw Die Preise für Lebensmittel, Strom und Gas gehen seit Monaten durch die Decke. Die soziale Lage wird in unserem Land aber nicht nur für die einkommensarmen Bevölkerungsschichten, sondern inzwischen auch für die vielbeschworene Mittelklasse immer angespannter. Zugleich scheffeln viele Konzerne mit Krieg und Krise Extraprofiten und der Club der Superreichen wächst kontinuierlich. Der Druck auf die Ampel-Regierung auf der Straße wurde folgerichtig zuletzt immer größer, auch wenn der von links beschworene „heiße“ Herbst bislang eher lauwarm geblieben ist.

Nach langem politischem Tauziehen einigten sich am 2. November Bund und Länder endlich auf ein Paket zur Finanzierung der geplanten Entlastungen für die hohen Energiepreise auf der Grundlage des sogenannten „Doppel-Wumms“. Der vielbeschworene Gas- und Strompreisdeckel offenbart aber bei genauerem Hinsehen diverse Defizite. Gerade im Januar, dem kältesten Monat eine Lücke zu lassen, ist völlig unverständlich. Auch wird das 49-Euro-Ticket für viele Menschen zu teuer sein. Insofern bleibt unsere Grundsatzforderung hochaktuell: **Es reicht! Strom, Heizen, Lebensmittel, Bus und Bahn müssen für alle bezahlbar sein.**

Die Regierung hat bisher deutlich zu wenig getan, dass die Entlastung von den Preissteigerungen sozial gerecht ist und Ungleichheit zurückdrängt. Mit den bisherigen Nachzahlungen und neuen drohenden Vorauszahlungen sind schon jetzt viele Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner, Studierende, Selbstständige, Freiberufler, Handwerker

und andere kleine Unternehmen in unserer Stadt völlig überfordert. Es ist für den Stadtverband und unsere Stadtratsfraktion daher völlig klar: Keine Leipzigerin und kein Leipziger darf von Strom und Gas abgeklemmt werden, weil sie oder er die Rechnungen nicht mehr bezahlen kann. Niemand darf seine Wohnung verlieren, weil ihm die Nebenkosten bedrohlich über den Kopf wachsen!

Mit diesen und weiteren sozialpolitischen Forderungen trat am 4. November Sören Pellmann an der Seite von Rico Gebhardt, dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im sächsischen Landtag, in einer Podiumsdiskussion auf. Der Vorsitzende unserer Stadtratsfraktion machte deutlich, dass die Kommunen nur über einen begrenzten Handlungsspielraum verfügen, um angesichts der fehlgeleiteten Politik der Ampel-Regierung in der Energiekrise gegensteuern. Um diesen aber konsequent zu nutzen und die Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen in Leipzig zu entlasten, verwies Sören Pellmann auf mehrere Initiativen der Stadtratsfraktion für ein kommunales Entlastungspaket.

Der Härtefallfonds gegen Energiearmut in Höhe von drei Millionen Euro jährlich sollte dazu beitragen, dass niemand in diesem und im nächsten Winter in einer kalten und dunklen Wohnung sitzen muss. Es ging insbesondere darum, dass die Stadtwerke Leipzig bei besonders schutzbedürftigen Personengruppen wie z.B. Familien mit Kindern, chronisch kranken und pflegebedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderungen auf Gas- und Stromsperrungen verzichten.

Zur Gewährleistung dieser Maßnahme sollte der Oberbürgermeister mit den Stadtwerken Leipzig ein Nachzahlungsmoratorium vereinbaren. Leider scheiterte der Antrag in der Ratsversammlung Oktober knapp. Zur Ablehnung erklärte Dr. Volker Külöw als sozialpolitischer Sprecher der Fraktion: „Der Stadtrat hat damit eine wichtige Gelegenheit verstreichen lassen, ein klares soziales Achtungszeichen zu setzen, auf das die Leipzigerinnen und Leipziger dringend warten. DIE LINKE erweist sich erneut als die einzige Partei, die auch im Stadtrat konsequent für soziale Gerechtigkeit eintritt und die bedürftigsten Menschen in Leipzig nicht im Stich lässt.“

Mit ihrem 13-Punkte-Garantie-Plan als Schutzschirm gegen Teuerung hat die Linksfraktion in der Stadtratssitzung November hoffentlich mehr Glück. Das von ihr geforderte Kündigungsmoratorium für kommunalen Mietraum (LWB) sowie die Verhinderung von Strom- und Gassperren würden dazu beitragen, die schlimmsten Auswirkungen der Krise abzuwehren. Das ist in einer Stadt, in der nach bundesweitem Maßstab fast ein Viertel der Bevölkerung direkt oder indirekt von Armut betroffen ist (Sozialreport 2022), ein Gebot der Stunde. Die Gesellschaft, insbesondere aber die Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, brauchen endlich einen wirksamen Schutzschirm gegen die explodierende Inflation. Die sozialen Verwerfungen nehmen zu, mehr Armut droht auch weiten Teilen der Bevölkerung in Leipzig.

Ukraine und Russland. Einwurf zur notwendigen Neujustierung der außenpolitischen Position der LINKEN

linXXnet-Kollektiv Der für uns unvorhergesehene neuerliche russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat uns erstarren lassen. Wir müssen uns heute fragen: Waren wir zu leise? Haben wir die praktisch erlebte Repression des russischen Staates auch gegen unsere Arbeit zu wenig kommuniziert? Haben wir das, was wir über Jahre an kritischen Positionen zum autokratischen Regime Putins nicht vehement genug in den Debatten, auch in unserer Partei, vertreten?

Die Gretchenfrage ist: Waffenlieferungen oder nicht?

Unabhängig von bestehenden sozialen und politischen Konflikten und regionalen Gegensätzen herrscht in der Ukraine nun weitestgehend Einigkeit darüber, mit allen Mitteln Widerstand gegen den russischen Angriff zu leisten. Die Ukraine benötigt Unterstützung, um sich gegen die Feuerkraft der in Georgien, Tschetschenien und Syrien in brutaler Kriegsführung erprobten russischen Armee zu verteidigen.

Die UN-Charta erlaubt im Falle eines bewaffneten Angriffs die Selbstverteidigung. Mit der Forderung zu kapitulieren und den Weg der Ukraine in Richtung Demokratisierung und Rechtsstaat und gegen Korruption und Oligarchentum aufzugeben, werden wir uns niemals gemein machen. In der Vergangenheit durch Großmächte bedrohte Mitglieder der EU wie Polen, Litauen, Lettland, Estland, Slowenien und andere osteuropäische Länder haben keinen Zweifel daran gelassen, wie die Solidarität gegenüber der Ukraine aussehen muss. Völkerrechtlich machen sich Staaten allein durch Waffenlieferungen nicht zu Kriegsparteien.

Auch wenn ein Missbrauch von Waffen nie mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden kann, halten wir angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, dem Versagen des Sicherheitsrates, wie des Sicherheitsinteresses der osteuropäischen EU-Mitglieder, begrenzte Waffenlieferungen zur Verteidigung für gerechtfertigt. Es ist mit diplomatischen Mitteln möglich Entgrenzung des Konflikts zu verhindern, ohne der Ukraine die zur Selbstverteidigung nötigen Mittel vorzuenthalten.

Wen wir deutlich kritisieren, sind die, die am Krieg verdienen. Dazu zählt die Rüstungsindustrie, dazu zählen BASF und weitere Konzerne, die Rohstoffe raffinieren und Güter produzieren, die den Krieg am Laufen halten. Als LINKE ist für uns klar, dass aus Krieg kein Profit geschlagen werden darf. Enteignung ist unsere Antwort.

Jenseits der Waffenfrage

Abseits der Wirtschafts- und Handelspolitik tobt ein Kampf um die Deutung des Krieges. Deshalb halten wir es für essentiell, eine kritische Öffentlichkeit in Russland zu fördern. Aus Russland sowie Belarus geflüchtete Medienschaffende sollten hierzulande auch staatliche Unterstützung für die Produktion und Vielfältigkeit von kritischen Perspektiven bekommen. Die Versuche, Zensur, Verbote und Blockaden von analogen und digitalen Medien zu unterlaufen, sollten unterstützt werden, um den Zugang zu unabhängigem Journalismus zu gewähren. Die Fluchtbewegung insbesondere von Deserteur*innen und Kriegsdienstverweigerer*innen aus Russland und Belarus muss hinsichtlich Aufenthaltstitel, humanitärer Visa und freier und sicherer Fluchtrouten mit aller Kraft unterstützt werden.

Aber die geopolitischen Interessen

Im Zusammenhang mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine wird von einzelnen Akteur*innen aus verschiedenen politischen Spektren, auch aus unserer Partei, immer wieder auf die Vorgeschichte dieses Krieges hingewiesen und mal mehr und mal weniger Relativierung betrieben. Keine Vorgeschichte legitimiert den brutalen, völkerrechtswidrigen Krieg. Und diese Feststellung darf nicht zur Floskel verkommen.

Die weltweite militärische Durchsetzung von machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen gehört zum Repertoire imperialer und neokolonialer Strategien. Russland und China sind aber längst aktiver Teil dieser kapitalistischen Moderne.

Selbstverständlich wäre ein Sicherheitsverbund jenseits der Kalten-Kriegs- und Aufrüstungslogik in unserem linken politischen Interesse. Die NATO ist mit ihrer Aufrüstungsdoktrin, mit Truppenaufmärschen und ihrer Geschichte keine Option.

Energiepolitische Maßnahmen, um sich aus der Abhängigkeit Russlands zu lösen

Wegen der schleppenden Energiewende ist Deutschland immer noch auf Importe fossiler Brennstoffe angewiesen. Deutschland kann jedoch zumindest auf russisches Erdgas verzichten. Es muss sichergestellt werden, dass Energie und damit Wärme und Strom für die Menschen bezahlbar bleibt. Auch deshalb gehören Energieversorgung und -speicherung in öffentliche Hand! Dafür braucht es enorme finanzielle Anstrengungen, die u. a. via einer Übergewinnsteuer finanziert werden könnten. Wir wehren uns gegen Versuche, vom Grundsatz abzuweichen, dass Industriekonzerne und nicht

private Konsumenten und soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser nicht mehr die oberste Priorität bei der Versorgung erhalten sollen.

Um unabhängig von Gaslieferungen aus Katar, Aserbaidschan, Russland, den USA und Co. zu werden, müssen die erneuerbaren Alternativen schleunigst ausgebaut werden. Dieser Aufbau muss staatlich organisiert und darf nicht neoliberalen Marktlogiken unterworfen werden.

Was daraus folgt

Grundsätzlich und auf lange Sicht gilt für uns:

- Wir verzichten auf Worthülsen wie "bedingungslose Solidarität". Insbesondere staatliches Handeln ist immer kritisch zu betrachten.
- Unsere Solidarität gilt zuvörderst progressiven Gruppen und unterdrückten Klassen und nicht Staaten oder Regierungen. Die Solidarität mit linker oder zumindest demokratischer Opposition in Diktaturen darf einer Anti-NATO-Agitation nicht geopfert werden. Für Demokratie und Menschenrechte zu streiten, zu debattieren, zu demonstrieren, im Zweifel auch zu kämpfen, liegt zunächst immer an widerständigen und mutigen Menschen vor Ort. Diesen muss unsere Unterstützung gelten. Der militärische Demokratieexport ist gescheitert.
- Wir stehen für den Multilateralismus und setzen uns für eine Stärkung internationalen Rechts und die weitere Demokratisierung intergouvernementaler Staatenbünde ein.
- Wir denken eine Außen- und Sicherheitspolitik auch in den Kategorien von Asyl-, Energie-, Entwicklungszusammenarbeits- und fairer Handelspolitik.
- Das Ende der Ausbeutung im Süden wie im Norden ist ohne Errungenschaften wie Bürger*innenrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht denkbar. Denn der sozialistische Versuch ist aufgrund seines Demokratiemangels und der brutalen Niederschlagung von Oppositionsbewegungen früh und bis auf Weiteres gescheitert. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Niedergang des sozialistischen Ostblocks wurde es zudem verpasst, ein kollektives Bündnis der Staaten für Demokratie und geteilte Sicherheit zu schaffen.

① Vollständiger Text auf linXXnet.de
<https://gleft.de/4Zh>

Mitglieder hört die Signale, auf zur politischen Bildungsarbeit!

Christian Annecke Ein Resümee des „Fit für die Arbeit in der LINKEN“-Workshops

An einem lauen Samstag, am 29. Oktober, trafen sich 17 Genossen und Genossinnen im Rosa-Luxemburg-Raum des Liebknecht-Hauses. Genossinnen und Genossen des Jetzt in der Tradition Liebknechts und Luxemburgs, die Internationale singend und die Grundlagenarbeit für unsere Partei lernend.

Die Teilnehmenden verknüpften in diesem Tagesseminar ihre lebensweltlichen Erfahrungen mit den Erfahrungen der anderen Teilnehmenden. Sie lernten voneinander und miteinander. Unterschiedliche Wissensstände bereicherten sich und lernten zusammen. Das didaktische Konzept sah vor, dass die Referentinnen und Referenten die Teilnehmenden selbst sein sollten. Es war didaktisch so aufgebaut, dass sich die Leute Inhalte selbst mit niedrigschwelligen Methoden erarbeiten. Zum Einsatz kamen hierbei spielerische Methoden wie ein Tabuspiel oder auch ein Bodenkartenquiz. Das Treppenhaus des Liebknecht-Hauses diente als Treppe der Arbeiterbewegung und die Teilnehmenden sollten vom Beginn der Französischen Revolution bis zur Gegenwart verschiedene Karten sortieren und in die richtige Reihenfolge bringen. Wir diskutierten so ganz praktisch die Traditionslinien unserer Partei und es wurde plastisch, dass unsere Bewegung eine lange Vergangenheit mit einem schwierigen und steilen Treppenaufstieg besitzt. Die letzten Stufen waren hierbei leer, denn die Zukunft ist offen und wird von jedem und jeder gestaltet. So erarbeiteten sie sich erste Kenntnisse über Programmatik und Traditionslinien der LINKEN.

Dies mag didaktisch mutig sein oder anders gesagt: aktivierend, aufsuchend, beteiligungsorientiert. Viel zu oft sind Seminare in unserer Partei für Menschen mit akademischen Abschluss ausgelegt. Wissenschaftliche Texte erschließen sich oft nur Menschen mit Abitur. Unsere sozialistische Partei jedoch muss Angebote machen, die jeden und jede mitnimmt. Und hierbei Pluralismus, Kontroversität und Rationalität zu Geboten macht. Als Teamer und Moderator sah ich mich hierbei auch vom Beutelsbacher Konsens geleitet, das heißt in diesem Workshop sollten Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Teilnehmendenorientierung gelten.

Der Workshop hatte eine lebensweltliche Ausgangsweise, die selbst bei komplizierten oder umfangreichen Themen Verständnis für politische Sachverhalte fördert, das demokratische Bewusstsein prägt und politische Mitarbeit stärken soll. Konkret: Potentiale und Gestaltungsspielräume aufzeigen, Betroffene zu Beteiligten machen

und Herausbildung von Entscheidungsreife. Als Einführungsworkshop, insbesondere für Neumitglieder, sollten die Methoden Menschen befähigen, also empowern. Die Didaktik war interaktiv, spielerisch und geprägt vom Motto: "Erzähle mir und ich vergesse, zeige mir und ich erinnere, lass es mich tun und ich verstehe."

Wir diskutierten kurze Dokumentationen zur Geschichte der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung, setzten uns mit einigen marxischen Grundaussagen auseinander und erarbeiten Antworten zu dem Themenkomplex Arbeiterlieder. In Gruppenarbeiten diskutierten die Genossinnen und Genossen Leitfragen zu verschiedenen Arbeiterliedern. Beispielsweise welche gesellschaftlichen Zustände diese übermitteln oder ob es auch heute noch Arbeiterlieder gibt. Bertolt Brecht und Heinrich Heine kamen imaginär durch ihre Texte zu Wort, aber auch neuere gesellschaftskritische Texte vom Rapper Disarstar wurden angehört und diskutiert. Unsere Vergangenheit ist eine Probe für die Zukunft.

Erste inhaltliche Kenntnisse zur Kritik des Kapitalismus und Werkzeuge zur Veränderung wurden an die Hand gegeben. Beim selbstorganisierten Mittagessen und in den Kaffeepausen diskutierten wir weiter und lernten uns besser kennen.

Selbstverständlich ist wissenschaftliche Vermittlung von Inhalten wichtig und richtig, jedoch ist Abwechslung und Aufbereitung nötig, damit alle Beteiligten sich mit aktuellen gesellschaftlichen Situationen auseinandersetzen und ihre eigenen Erfahrungen darauf beziehen können. Versucht wurde dies in weiteren Gruppenarbeiten zu den Themenkomplexen „Parteiprogramm“, „Wirtschaftspolitische Positionierungen der LINKEN“ und „Marxsche Kritik des Gothaer Programms“. Anhand der Methode „Kopfstand“ wurde eine erste dialektische Kritik vermittelt und mehrere Fallbeispiele diskutiert. So sollten komplexe Fragen wie „Wie können wir dafür sorgen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können?“ mittels einer Umkehrung beantwortet werden. Sprich: „Wie können wir dafür sorgen, dass Menschen nicht mehr von ihrer Antwort leben können?“ Die inneren FDP-Positionen wurden mittels viel Überwindung von jeder und jedem zum Vorschein gebracht und schweren Herzens ausgesprochen. Anschließend sollten diese Forderungen wie beispielsweise „Mehrwertsteuererhöhung auf Lebensmittel“ oder „Erhöhung der Wochenarbeitszeit“ in ihr Gegenteil verkehrt werden. Wie Widersprüche aufgelöst und in eine Synthese überführt werden können,

waren weitere Diskussionspunkte. Denn die lebensweltlichen Probleme der Beschäftigten werden ganz rudimentär zunächst dadurch plastisch, indem die Betroffenen sich Rechenschaft darüber ablegen, was sie als Schaden empfinden. Der erste Impuls ist oft eine Abschwächung oder Abschaffung des Leids; die Frage „warum“ ist die berechtigte Gretchenfrage im Kapitalismus.

In der anschließenden Werkstatt lernten die Teilnehmenden in Gruppenarbeiten die ersten Parteistrukturen kennen und wissen nun, wo es Möglichkeiten des Engagements gibt, wie Anträge an einen Parteitag funktionieren und wie eine Veranstaltung konzipiert werden kann. So erarbeiten sie sich erste eigene Zugänge zur politischen Arbeit. Faktenblätter und Zusammenfassungen wurden anschließend allen Teilnehmenden zur Verfügung gestellt, damit diese auch in der zukünftigen Parteiarbeit verwendet werden können.

Nach einem langen und vielseitigen Tag, hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einiges gelernt und der Parteifeierabend war wohl verdient. Die Rückmeldungen waren durchweg positiv, Erwartungen wurden erfüllt und insgesamt hatten die Genossinnen und Genossen Freude, Zuversicht und neue Motivation. An der Seminarlänge muss in der Tat noch etwas gebastelt werden, insbesondere die Werkstatt hätte einen eigenen Tag an sich verdient. Aber auch in der Didaktik lernt der Lehrer durch die Lernenden. Und ich freue mich weitere Workshops mit euch zu entwickeln, zu halten und politische Bildung ein wesentliches Element unserer Partei werden zu lassen. In diesem Sinne: „Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger; Alles zu werden, strömt zuhauf!“



Wir waren wieder dabei

AG Senioren Mitglieder der AG Senioren unseres Stadtverbandes nahmen auch in diesem Jahr am antifaschistischen Riesengebirgstreffen in Mala Upa teil, dass vor 100 Jahren das erste Mal stattfand. Antifaschisten aus Tschechien, Polen und Deutschland bekundeten ihren Willen zum Frieden immer und überall, Menschlichkeit, Solidarität und Völkerfreundschaft. Unser „Reisebericht“ als Gedicht von unserem jahrelangen Reiseleiter aus Berlin, Manfred Wild.

Malá Úpa

Es führt ein kurvenreicher Straßenzug durch's Tal der Mala Upa, hinauf zur Berges Lichte. Mit jedem Schritt und Atemzug, spür' n Wandersleut' von fern und nah: die Luft riecht nach Geschichte.

Die Snezka - höchste aller Höhn' im „Riesenreich von Rübezah!“ trägt progressive Tradition. Jahrzehnte ist hier viel gescheh'n, dem Kriege kontra und dem Kapital, für Frieden und gerechten Lohn.

Solidarität ward hochgehalten, und der Völker Freundschaft unter drohend schwarzer Wolke.

Die Stimmen, die dort laut erhalten, auch Thälmanns - unterm Namen „Kraft“, waren's Echo aus dem Volke.

Als Dank und ehrendes Gedenken an Tote und die es überlebten, entstand ein Denkmal zur Erinnerung. Es sollt' symbolisch in die Zukunft lenken mit Zielen, die noch in der Ferne schwebten, als Sinnbild einer Welterneuerung.

Dies Denkmal war nun lange Zeit, der Startblock, um voran zu kommen, höher noch als Snezka's Gipfel. Millionen waren mit ganzer Kraft bereit, und hatten ihn schon fast erklommen, des neuen Baumes hohen Wipfel.

Doch kurz vor' m angestrebten Ziel, kam plötzlich eisig' Sturm aus Westen. Er riss es weg, das Traditionsfanal, weil es den „Sanften“ nicht gefiel, das da kündete vom Allerbesten, von Menschlichkeit und Frieden überall.

Aus seinen Trümmern wuchs ein Feuer, von Trutnovs Kommunisten angezünd', zur Fackel unlöschbarer Traditionen.

Auch ohn' des Denkmals Kunstgemäuer kommen sie mit linkem Rückenwind erneut ins Grenzgebiet benachbarter Nationen. Tschechisch, polnisch, deutsch dazwischen, seit Jahren auch schon anders sprechen, hört man am letzten Samstag im August, kampfbetont, auch mal mit Augenwischen, trotzend allen Sperrern, Drohdepeschen „Völker höret die Signale“ aus übervoller Brust.

Die noch bei kraft und gut zu Fuß, mit dieser Melodie noch auf den Lippen, wandern hoch mit roten Fahnen und Gedanken, um zu verkünden als des Gipfels Gruß mit schnellem Herzschlag unter' n Rippen: „Reiß ab, die kapitalen Friedensschranken.

In Královec, dem Grenzbach nah' Im alten Postgebäude: Ein Tafelbild gibt Auskunft dort, was neunzehnsiebenzwanzig hier geschah. Ernst Thälmann sprach: „seid wachsam Leute, die ihr versammelt seid, an diesem Ort“

Heut kommen wieder viele Leute, um Thälmanns Mahnung zu gedenken, am letzten Sonntag im August, zum alten Postgebäude, zur Tafel hin die Blicke lenken, der Aktualität sich voll bewußt.



Wohnungsleerstand verschärft Wohnungsnot

Siegfried Schlegel Im Rahmen des bundesweiten Mietenstop-Aktionstages hatte Robin Weisbach namens der Leipziger Initiative „Vernetzung Süd“ zu einer Fahrradtour mit Besichtigung einer Auswahl kritischer Standorte der Stadtentwicklung und Wohnungsbaupolitik quer durch Leipzig eingeladen. An den Standorten sollten auch Gespräche mit Mieterinnen und Mietern geführt werden. Kommunalpolitiker der Linken folgten der Einladung, wie die Landtagsabgeordnete Juliane Nagel sowie Lisa Umlauf und Siegfried Schlegel vom Stadtbezirksbeirat Süd, der auch für Wohnen im Seniorenbeirat zuständig ist.

Nach dem Treff am Connewitzer Kreuz war eine Zusammenkunft mit Mieterinnen und Mietern am LWB-Wohnblock Kochstraße 56-63 angesagt. In der Nähe befinden sich auch die LWB-Wohnanlagen Kantstraße 11-13 sowie Kochstr. 13-15, die ebenfalls noch teilbewohnt sind und noch saniert werden müssen. Die Mieter*innen wollen bei der bevorstehenden Sanierung unbedingt beteiligt werden und hoffen, dass die großzügige Grünfläche mit mehrfacher Nutzung erhalten bleibt: Mehrere Familien wollen

nach der Sanierung wieder zurückziehen. Der nächste Halt war am Wohnhaus Kantstraße 55. Auch die Mieter dieses Haus fordern, dass die Mieten auch nach der Sanierung für sie erschwinglich sind. Dieses Haus und benachbarte Wohnblöcke hatte ein Investor im Rahmen der Zwangsprivatisierung in Umsetzung des Altschuldenhilfegesetzes einst von der LWB erworben. In den inzwischen leer gezogenen Nachbarblöcken finden derzeit Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten statt. Die damaligen PDS-Fraktionen hatten sich auf Stadt-, Landes- und Bundesebene dafür eingesetzt die sogenannten Altschulden in Sozialbindungen, wie Mietpreis und Belegungsbindungen umzuwandeln. Die „Altschulden“ waren DDR-Staatsverbindlichkeiten, die jährlich bei kommunalen Wohnungen zu 5% und Genossenschaftswohnungen zu 4% aus dem Staatshaushalt refinanziert wurden. Bei Genossenschaftswohnungen hatten die Wohnungsgenossenschaften 1% der 5% zu tragen. Mit dem Einigungsvertrag wurden diese DDR-Verbindlichkeiten Schulden des Rechtsnachfolgers BRD. Diese wurden aber auf die ostdeutschen Wohnungsunternehmen abgewälzt. Statt die von der PDS

vorgeschlagenen Altschuldregelungen zu treffen, wurden die kommunale Wohnungsunternehmen und Wohnungs-Baugenossenschaften ohne nachvollziehbaren Grund gezwungen 10% Ihres Bestandes zu veräußern. Das einzige Zugeständnis war, dass die Altschulden bei 160 Westmark gedeckelt waren. Dazu passt auch, dass 1989 (!) die Wohngemeinnützigkeit auf betreiben der FDP in der Koalition mit der CDU/CSU abgeschafft worden war, verbunden mit der Abschaffung der unbefristeten Mietpreis- und Belegungsbindung. Seit dem gibt es nur noch Sozialbindungen für bis zu 15 Jahre.

Anschließend ging es zu einem neu gebauten und leer stehenden Wohnblock Cunnersdorfer Straße 2 und 2a in Sellerhausen in Nachbarschaft zur gleichnamigen Kirche. Obwohl fertig gestellt, wurden die Wohnungen an Selbstnutzer weder verkauft noch an Mieter*innen vermietet. Somit könnte unterstellt werden, dass die Verkaufsgewinne ausgereizt werden sollten. Außerdem hätte der Wasserschaden kurzfristig beseitigt werden können. Offensichtlich hat sich der gleiche Investor verrannt, der ein gegenüber befindliches leer stehendes Wohnhaus nicht

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im Oktober

Verleihung Ehrenbürgerwürde

Einstimmig beschloss der Stadtrat Frau Channa Gildoni in Anerkennung ihrer außerordentlichen Verdienste für die Stadt Leipzig die Ehrenbürgerwürde zu. Als 1923 in Leipzig Geborene war es ihr stets ein Herzensanliegen sich für die Freundschaft zwischen Israel und der BRD einzusetzen und war bis ins hohe Alter direkt an der Gestaltung der Besuchsprogramme ehemaliger jüdischer Leipziger und ihrer Nachkommen beteiligt. In diesem Zusammenhang wurde das Engagement der Linken-Stadträtinnen Mandy Gehrt und Beate Ehms erwähnt, die sich für die Verleihung der Ehrenbürgerwürde auch an Frauen zu verleihen, gab es doch bisher keine einzige Ehrenbürgerin. Noch im Oktober hat Oberbürgermeister Burkhard Jung im Rahmen einer Besuchsreise mit einer kleinen Delegation aus Verwaltung und Politik in der Partnerstadt Herzliya der bei Tel Aviv lebenden Channa Gildoni die Urkunde zur Ehrenbürgerschaft persönlich übergeben und ihr gratuliert.

Sozialbürgermeisterin gewählt

Mit einer überzeugenden Mehrheit wurde im dritten Anlauf Frau Dr. Martina Münch auf Vorschlag der SPD als Dezernentin für

Soziales, Gesundheit und Vielfalt gewählt. Frau Dr. Münch bringt als promovierte Juristin vielfältige Erfahrungen als Ministerin in Brandenburg, so für Jugend, Bildung und Sport.

Entscheidung zur Energiearmut vertagt

Die Linksfraktion hatte vor Monaten den Antrag „Maßnahmen zur Energiearmut in Leipzig“ durch Erhöhung der Regelleistungen des Bundes sowie Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds für Leipzig-Pass-Inhaber zu prüfen. Oberbürgermeister Burkhard Jung, der als Vizepräsident des Deutschen Städtetages versprach, dass er sich in den Gremien auf Bundes- und Landesebene für entsprechende Regelungen einschließlich deren Finanzierung einzusetzen werde. Um diesen Regelungen nicht vorzugreifen, stimmte die Linksfraktion einer Vertagung der Entscheidung über den Antrag in die Novemberversammlung zu.

AfD-Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt

Eine breite Stadtratsmehrheit von 45 gegen 9 Stimmen lehnte einen Antrag der AfD-Fraktion zur Aufhebung von Stadtratsbeschlüssen ab, wie dem Beitritt zum Bündnis

zur Aufnahme von aus dem Mittelmeer geretteter Flüchtlinge aus 2019 oder dem Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Hafen“ aus 2020 oder der Patenschaft zu „Mission Lifeline“ und die Mitarbeit im Netzwerk „Internationale Allianz Städte Sicherer Häfen“. Gleichfalls wurde abgelehnt, keine Immobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen anzukaufen, sondern nur noch mit einer maximalen Laufzeit von 3 Jahren anzumieten oder nur eigene zu nutzen. Dies widerspricht auch den Erfahrungen der letzten Jahre, bei denen auch eine andere Nachnutzung geprüft wurde.

ÖPNV-Tickets Bestandteil von LWB-Mietverträgen

Ein beschlossener Antrag der Fraktion Freibeuter bittet den OBM, mit der kommunalen Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) zu verhandeln, zu welchen Konditionen vergünstigte LVB-Tickets in die Mietverträge der Bewohner integriert werden können.

Lückenlose Barrierefreiheit

Seit Jahren setzen sich Fraktionen, Stadträtinnen und Stadträte sowie Beiräte für die Barrierefreiheit ein, was mitunter ei-

saniert hatte, trotzdem in der Nachbarschaft die Wohngebäude saniert sind. Nunmehr muss der Investor mit drastisch gestiegenen Baukosten rechnen. Nachdem auch die LVZ das Thema aufgegriffen hat, soll der Neubau nunmehr zeitnah bezogen werden. Der Investor geht selbst nicht ins Risiko. Vielmehr finanziert er die Bauprojekte aus Einlagen von Kleinanlegern. Anschließend führen die Teilnehmer zum Haus Reclamstraße 51 in Neustadt-Neuschönefeld. Dort berichteten Mieter, wie sie sich gegen Mieterhöhungen und Entmietungen zur Wehr setzten. Die Wohnungen werden noch mit Briketts beheizt und Warmwasser wird in Elektroboilern innerhalb der Wohnungen erzeugt. Die Toiletten befinden sich auf der halben Treppe. Nach der Wende hatten die Alteigentümer das Haus zurückgekauft und ohne Investitionen 2013 wieder verkauft. Die jetzigen Eigentümer möchten die Bestandsmieter so schnell wie möglich loswerden.

Nach einem Zwischenstopp im Zentrum am ehemaligen Unihochhaus, wo die Energiebörse EEX ihren Sitz hat, ging es weiter ins Musikviertel in Zentrum-Süd, wo an der Ecke Grassi-Robert-Schumann-Straße ein Wohnblock neu gebaut wird. In diesem Stadtteil sollen auch Wohnungen im Ergebnis von Konzeptverfahren gebaut werden. Inves-

toren bieten für einen Teil der Wohnungen Sozialbindungen an und/oder errichten Gemeinbedarfseinrichtungen auf städtischen Grund in Erbpacht. Die Rundfahrt endete mit einer Besichtigung des Areals des künftigen Bürgerbahnhofs in Plagwitz. Während viele Anwohner wollen, dass das Gesamtareal als Grünzug mit Sport- und Spielnutzungen umgestaltet wird, gibt es auch das Interesse die noch vorhandenen Bahngebäude für neue Nutzungen zu erhalten. Hier muss ein guter Kompromiss gefunden werden, fehlen doch in den angrenzenden Wohnquartieren Grünflächen.

Ein Workshop am 11. Oktober, organisiert durch die LWB und das Amt für Wohnungsbauförderung und Stadterneuerung (AWS) unter Einbeziehung von Baufachleuten sowie betroffener Mieter*innen und Mieterinitiativen gibt Hoffnung, dass es der LWB und der Stadtverwaltung ernst ist, bei der bevorstehenden Sanierung die Mieter*innen in die Planung und Baudurchführung einzubeziehen. An diesem Workshop brachten sich Juliane Nagel und Siegfried Schlegel sowie Susanne Scheidereiter – ebenso Stadtbezirksbeirätin – aktiv und kompetent für eine soziale städtische Wohnungsbaupolitik ein.



Miet-Stopp: Kochstr.



Miet-Stopp: Cunnersdorfer Straße



Miet-Stopp: Bürgerbahnhof in Plagwitz

nes zählen Ringens bedurfte wie bei den Geländern am Haupteingang zum Neuen Rathaus oder einen Lift im Fußgängertunnel am Hauptbahnhof gesehen. Ein Antrag des Behindertenbeirates fordert erneut und nachdrücklich eine lückenlose Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und baulichen Anlagen. Anlass war ein fehlender Einbau eines Aufzugs bzw. Rampe im kürzlich fertig gestellten umgebauten Aquarium. Zukünftig muss die Barrierefreiheit für Architekten und Planer trotz Selbstverständlichkeit zwingend vorgegeben werden. Auch darf Denkmalschutz kein k.o. - Kriterium sein. Vielmehr muss gemeinsam nach Lösungen gesucht werden, wie etwas geht, statt zu begründen, was, warum nicht geht. Dabei sind bedarfsweise auch das Gesundheitsamt, die Behindertenbeauftragte und/oder der Behindertenbeirat einzubeziehen.

Stadtentwicklungsplan Wohnbaubauf Flächen beschlossen

In der ergänzenden Fassung des Änderungsantrags der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Grüne und SPD wurde der Stadtentwicklungsplan Wohnbaubauf Flächen mit den Grundlagen, Zielen und Strategien beschlossen. Den drei Fraktionen war die Einbeziehung der Stadtbezirks- und Ortschaftsräte

und die Stadtgesellschaft im Rahmen der Beteiligungsprozesse sehr wichtig und dabei sind die städtischen Ziele zur Verminderung des Flächenverbrauchs und der Versiegelung zu beachten. Erneuert wurde die Forderung an die Regionalentwicklung einer flächen- und verkehrssparenden Siedlungsentwicklung in der gesamten Region anzustreben. Gemäß dem Beschluss der Ratsversammlung im September zur doppelten Innenentwicklung ist bis zum 2. Quartal 2023 ein gesamtstädtisches Integriertes Konzept zur flächensparenden Mobilisierung der notwendigen Flächenbedarfe zu entwickeln und dabei den Geschosswohnungsbau zu priorisieren. Durch Datenerhebungen sind die Wohnungsangebote und -bedarfe sowie Generationswechsel, in Einfamilienhaus-Siedlungen zu erfassen. Darüber hinaus wird quartalsweise der zeitweilig beratende Ausschuss Wohnen über Anzahl, von gestellten sowie beschiedenen Bauanträgen, zu im Bau befindlichen und fertig gestellten Wohnungen informiert.

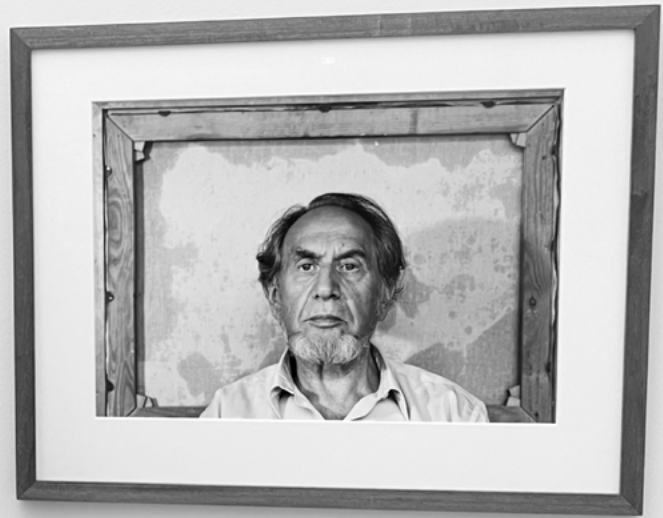
Energie- und Klimaschutzprogramm 2030

Der Stadtrat beschloss das Energie- und Klimaschutzprogramm als Maßnahmenpaket für die Stadt und die Leipzig-Gruppe bis 2030 auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt bis

2040. Durch ein umfangreiches Beteiligungsverfahren ab dem 4. Quartal soll die Stadtgesellschaft nicht nur informativ eingebunden, sondern auch für weitergehende Klimaschutzbemühungen motiviert werden.

Beschlüsse zu Schulen und Kitas

Der Stadtrat beschloss die Schul- und Kita-baustrategie, in der die Reihenfolge der Planung, der Umsetzung und der Finanzierung der Bauprojekte auch als Grundlage für die Haushalt- und Investplanung festgeschrieben sind. Auf Antrag der Linksfraktion soll sie jährlich fortgeschrieben werden. Planungsbeschlüsse wurden für die Sanierung der Grundschule Connewitz (ehem. 54.), für den Neubau einer 3-zügigen Oberschule mit Sporthalle in der Kolmstraße, für einen Kita-Ersatzbau in der Zweinaundorfer Str. gefasst. Mit den gefassten Baubeschlüssen gehen die Vorhaben Sanierung der Kita Benjamin Blümchen in der Stötteritzer Str., der Neubau einer 2-Feldsporthalle am Standort Höltystraße 51, einen Erweiterungsbau 24. Schule Döllingstr. in die bauliche Realisierung.



Zwei Meister ihres Faches: Ludwig Rauch im Museum der bildenden Künste vor dem Porträt von Bernhard Heisig. (Foto: Daniel Merbitz)

Der Fotograf als Philosoph

Daniel Merbitz Ludwig Rauch im Museum der bildenden Künste Leipzig

Der Bogen spannt sich von Bernhard Heisig über 9/11 bis hinein in die Gegenwart: Das Museum der bildenden Künste Leipzig zeigt bis zum 8. Januar 2023 Fotografien von Ludwig Rauch. Mit „Porträt und Abstraktion“ ist die Schau betitelt und damit auch präzise umrissen. Es ist diese Dualität, die der 1960 in Leipzig geborene Fotokünstler virtuos beherrscht. Nach dem Abitur in Berlin studierte Ludwig Rauch 1980 bis 1985 Bildjournalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Seine junge Karriere als Fotojournalist wurde jäh abgebrochen: Es folgte 1986 ein Publikationsverbot für alle journalistischen Presseorgane aufgrund der offenbar zu realistischen Darstellung der Verhältnisse des „real existierenden Sozialismus“, genauer gesagt, der Welt im VEB Elektrokohle Berlin.

Um trotzdem mit der Kamera zu arbeiten, studierte er an der Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) in Leipzig bei Arno Fischer, der in dieser Zeit Professor für künstlerische Fotografie war. Fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sollten sie sich wieder begegnen: an der legendären Ostkreuzschule für Fotografie als Dozenten. Bis heute ist Ludwig Rauch dort Dozent.

An einem Januartag des Jahres 1989 verließ er die DDR: Mit einem Tagesvisum, welches ihm ausgestellt wurde, um Fotografien zu einer Westberliner Druckerei zu geben für die Katalogproduktion für eine Ausstellung mit jungen Künstlerinnen und Künstlern aus der DDR („Zwischenspiele“). Er überquerte die Grenze und blieb im Westen. Nur mit seiner Kamera und den Abzügen für die Druckerei. Keine Klamotten, kein Negativarchiv, kaum persönliche Dinge, um nicht aufzufallen. Zuvor hatte er seine Negative verbrannt, damit sie nicht der Staatssicherheit in die Hände fielen. Doch zum Glück hat er die aus seiner Sicht wichtigsten Negative bereits im Vorfeld über Freunde in den Westen schmuggeln können. Er hadert bis heute nicht mit diesem radikalen Schnitt und umschreibt es heute nüchtern so: „Mit leeren Taschen, ohne alles. Eine Kamera hatte ich dabei. Mit 30 Jahren habe ich komplett neu angefangen.“ Und man nimmt es ihm ab. Seine Wege führten ihn zu Zeitschriftenhäusern in Hamburg und dann hinaus in die ganze Welt. Doch nicht allein Fotografie verbindet man mit dem Namen Ludwig Rauch. Zusammen mit Matthias Flügge und Michael Freitag gründete er 1991 die qualitativ herausragende Kunstzeitschrift „neue bildende kunst“, deren Bildredaktion er bis zur Einstellung der Zeitschrift 1999 innehatte.

Der erste Teil der Ausstellung befasst sich mit Ludwig Rauchs Porträts von Künstlerinnen und Künstlern, die einen Bezug zu Leipzig haben: Von Bernhard Heisig bis zum auf dem heutigen Kunstmarkt arg überschätzten Neo Rauch, von Tina Bara bis Franziska Holstein, von Hartwig Ebersbach bis Arno Rink, von Rosa Loy bis Angela Hampel.

Besonders beachtenswert ist das Porträt von Bernhard Heisig, einer der Granden der Leipziger Schule. Ludwig Rauch kann sich bis heute noch sehr genau an die Entstehung der Porträts erinnern. Wir schreiben das Jahr 1994. Es war Teil einer Serie von 20 Aufnahmen mit der Plattenkamera, von der ein Exemplar in der Ausstellung zu bewundern ist. Peter Beckmann, der Sohn von Max Beckmann, war mit Bernhard Heisig befreundet und hatte ihm Leinwände geschenkt, die noch persönlich von seinem Vater grundiert wurden. Das in Leipzig gezeigte Porträt ist für Ludwig Rauch ein „wichtiges Bild“. Bernhard Heisig war zu seinen Studienzeiten Rektor der HGB. Der berühmte Maler vor der Rückseite Beckmann'schen Leinwand. Mit dieser Idee kam Ludwig Rauch zu Bernhard Heisig. „Er war nicht der Geduldigste vor der Kamera“, erinnert sich der Fotograf noch heute.



Ludwig Rauch „Daily Distraction of Living“. FineArt-
Inkjet auf Hahnemühle, 2016, 90 x 120 cm.
(Foto: © Ludwig Rauch)

Das raffinierte an der Ausstellung ist, dass die Porträtierten auf der gleichen Etage im Museum mit ihren eigenen Kunstwerken vertreten sind. So ist auch das Werk „Bildnis Peter Beckmann“ (1990) von Bernhard Heisig ein paar Räume weiter zu finden. Einige Porträts sind im Zuge der aktuellen Leipziger Ausstellung entstanden und weisen damit in die Gegenwart hinein.

Der zweite Teil der Ausstellung lotet die Möglichkeiten und Chancen des Mediums Fotografie aus. Es sind aus eigenen Fotografien neu komponierte Bildwelten, teilweise abstrakt, oft grafisch, manchmal auch mit realistischen Elementen. Auf „Daily Distraction of Living“ (2016) ist ein an einem Wasserfall sitzender Mann erkennbar, der offenbar zeichnet, etwas zu Papier bringt. Hier hat Ludwig Rauch Erinnerungen und Fotografien verdichtet über Kontinente und

Zeiten hinweg. Der Mann saß ursprünglich eigentlich in Venedig am Canal Grande und das Wasserbassin befindet sich als Teil des 9/11- Mahnmals am Ground Zero in New York. Die Farbigkeit erzeugt etwas Gemäldeartiges. Ein Künstler am Abgrund sitzend, ein Sinnbild für die Unwägbarkeiten der Welt.

In einem anderen Raum sind dagegen stärker verfremdete Gegenstände zu sehen, die eine eigene (auch heitere) Ästhetik haben: Eine Art „Foto-Grafik“, wie es der Museumsdirektor Stefan Weppelmann formuliert. Bei der Serie der abfotografierten Hühnereier erinnert eine Fotografie („No Single Fact Can Be Considered in Isolation“) aufgrund seiner Ornamentik an das berühmte Vorbild von Fabergé.

Sowohl die Porträts, die von Posen und Inszenierungen geprägt sind, ohne die

Menschen hinter dem Künstlertum zu verstecken, als auch die grafisch-abstrakten Foto-Experimente atmen eine permanente Auseinandersetzung mit der Welt, eine Art ruheloser Philosophie. Die großen und kleinen Fragen stellend, gern auch mit Humor, aber auch mit Respekt. „In der Kunst liegt die Freiheit, die Dinge anders zu machen“, so Ludwig Rauch. Er ist bei den abstrakten Arbeiten auf der Suche nach der Wahrheit. Mit den Mitteln der Fotografie, mal dekonstruierend, mal überlagernd. Der Fotograf als Philosoph: Dies zeichnet Ludwig Rauch aus. Mit einem starken Bezug auf die Erinnerung. Da muss man unwillkürlich an Patrick Modiano denken. Der Schriftsteller mit seinen stark auf die Mühe und Dramatik der Suche nach der wahren Erinnerung, der richtigen Rekonstruktion, abzielenden philosophischen Romanen.

Schade, dass es keinen Ausstellungskatalog gibt, der das Gesehene begleitet, ergänzt und vertieft. Ludwig Rauch ist einer der wichtigsten zeitgenössischen Stimmen in der Welt der Fotografie, der es meisterhaft versteht, seine bildjournalistischen Wurzeln mit einem hohen künstlerischen Anspruch und philosophischen Fragestellungen verwachsen zu lassen.

Fazit: Diese wunderbare Ausstellung ist uneingeschränkt zu empfehlen.

Die Linke als demokratische Kraft im Kampf um die Gegenwartsprobleme

Robby Wagner Generationsübergreifende Diskussion in Leipzig Mitte zur Linken als demokratische Kraft sowie den Gegenwartsproblemen, um die wir kämpfen müssen!

Am 14. Oktober 2022 ging die Diskussionsrunde zwischen der BO Messesmagistrale und der BO ZKM in die nächste Runde. Nachdem wir uns am 15. Juni damit auseinandergesetzt hatten, was uns als Linke thematisch bewegt, stand dieses Mal die Frage nach dem Wie und damit der politischen Praxis im Raum.

In einem Eingangsreferat hat der Genosse Max Becker zunächst versucht, beide Fragestellungen anhand gegenwärtiger Problemstellungen in Partei und Gesellschaft zu verbinden. Im Vordergrund standen dabei vor allem Problemstellungen der Partei. Angesprochen wurden dabei insbesondere der zunehmende Verlust unserer pluralistischen Kultur und die Einengung von Meinungskorridoren, die zunehmend offen ausgetragenen Konflikte innerhalb der Partei sowie die Verankerung in der Zivilgesellschaft und politischen Bewegungen. Abgerundet wurde das Referat mit einem Schwenk auf die aktuelle Krise des Kapitalismus und den Krieg in der Ukraine.

In der daran anschließenden Diskussion meldeten sich sogleich die zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen zu Wort, um ihren Standpunkt zu den vorgetragenen Problemstellungen darzulegen. Hier waren, neben einer kurzen Erzählung über die Erfahrungen der Bündnisarbeit zu Zeiten der PDS in den 1990er-Jahren, vor allem die Themen des innerparteilichen Pluralismus und die richtige Analyse des Ukraine Krieges und seiner Folgen bestimmend. Dabei wurde von einem Genossen die eindringliche Frage gestellt, wo Pluralismus aufhört und politische Kommunikation in die Beliebigkeit abdriftet und fragte dabei direkt, ob Positionen wie die Ausrichtung linker Politik an den Interessen westlicher Staaten und Institutionen wie der NATO auf dem Boden des Erfurter Programms stehen.

Der Krieg in der Ukraine und seine richtige Analyse überschatteten nach wie vor das politische Leben in Deutschland und so auch die zweite Hälfte der Diskussion. Zunächst wurde dabei eine weitreichende Kritik der Verwendung des Imperialismus-Begriffes geliefert, welcher nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in weiten Teilen der Partei nicht nur verkürzt, sondern regelrecht falsch gebraucht wird und somit von der wissenschaftlichen zur moralischen Kategorie

verstümmelt wird. Aber auch die Frage, ob die USA und die Staaten der europäischen Union genug getan haben, um den Krieg zu verhindern. Dabei sticht vor allem auch eine Genossin mit einem scharfen Plädoyer für die multifaktorielle Analyse des Konflikts heraus und mahnt eindrücklich, dass sich das Handeln nicht nur aus den ökonomischen Interessen erklären, sondern auch eine weltanschauliche und damit geschichtskulturelle Dimension aufweist. Ebenso interessant war aber auch einen Beitrag zur Genese des Völkerrechts und seinem kolonialen Charakter.

Abgerundet wurde die Diskussion durch eine erfahrene Genossin mit einer nicht nur den Abend rahmenden, sondern auch für die politische Praxis entscheidenden Frage: „Wie gelingt es uns, wieder hinter die Kulissen zu schauen und wie werden wir dabei nicht unverbindlich - wir müssen die Interessen der Abhängigen vertreten und unser Profil schärfen!“ Damit ging auch diese Runde unserer Debatte zu Ende und wir freuen uns schon auf die nächste Diskussion im kommenden Februar. Wie immer sind nicht nur Genossinnen und Genossen aus Mitte eingeladen, sondern auch Gäste aus anderen Stadtbezirksverbänden.

Ingeborg Hunzingers Terracottastelen

Alexander Schmidt Hommage an Rosa Luxemburg, ihre Vertraute Mathilde Jacob und Karl Liebknecht im Felsenkeller

Die Erinnerung an das Wirken von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Leipziger Felsenkeller geht mit einer echten Attraktion in die nächste Runde. Nach dem Denkzeichen vor dem Haupteingang, das Luxemburgs Argument „Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Krieg nicht aufhören“ mit metallenen Lettern für alle sichtbar in den öffentlichen Raum trägt, und Rosas Salon in Naumanns Restaurant folgen nun zwei Terracottastelen der Bildhauerin Ingeborg Hunzinger. Sie sind den engsten Vertrauten Rosa Luxemburgs gewidmet: Mathilde Jacob und Karl Liebknecht.

Zur Hommage am 21. Oktober waren hochkarätige Gäste geladen, die mit ihren interessanten und bis zum Rand mit wertvollen Informationen gespickten Vorträgen Person, Werk und zeitgeschichtliche Umstände zu einem für den Zuhörer lebendigen Bild verschmelzen ließen. Aber auch das Ambiente des Veranstaltungsraumes hatte diesmal einen besonderen Charme. Fanden die Debatten zumeist in Rosas Salon statt, wurde dieses Mal ein zum Zelt umgebautes Karussell gewählt.

Manfred Neuhaus begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste und zog die Zuhörerinnen und Zuhörer mit dichten und lebendigen Ausführungen in seinen Bann. Dass beide Gedenkmale noch rechtzeitig am neuen Bestimmungsort aufgestellt werden konnten, würdigte er als ein kleines Wunder, das Bildhauer Bodo Grimmer und Felsenkeller-Geschäftsführer Jörg Folta mit ihren Gehilfen vollbrachten. Im Zentrum seiner Überlegungen stand die berühmte Metapher von der „Freiheit der Andersdenkenden, sich zu äussern“ aus Luxemburgs Breslauer Gefängnismanuskripten zur Russischen Revolution. Dabei glich der Vortrag einem Ritt durch 30 Jahre Vereins- und Stiftungsgeschichte. Seinem Fazit: „So viel Luxemburg war noch nie“, stimmen wir mehr als wohlwollend zu!

Anschließend begeisterte Ursula Wohlfeld das Publikum mit einem anschaulichen Einblick in das Leben und Wirken von Mathilde Jacob (1873-1943). Obwohl Wissen und Forschungsprojekte um Luxemburgs Vertraute rar gesät sind, wissen wir von Heinz Knobloch und Ottokar Luban, wie lebenswichtig die Beziehung für Rosa Luxemburg war. Als persönliche Assistentin und Weggefährtin war Jacob bis zum Ende an der Seite von Luxemburg: in der Freiheit, in der Haft und auch nach ihrer Ermordung durch protofaschistische Freikorpsangehörige blieb sie ihrer geliebten Rosa innig verbunden. Zudem ist es ihr zu verdanken, dass wichtige Manuskripte Luxemburgs und damit ihr Denken und Wirken nicht in den Archiven der KPD der „nagenden Kritik der Mäuse“

übergeben wurde. Wie im Falle vieler revolutionärer Persönlichkeiten endet auch die Spur Jacobs im KZ Theresienstadt. Damit steht sie symbolisch nicht nur für die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf deren Schultern politische Größen wie Luxemburg stehen, sondern auch für das Schicksal so vieler Jüdinnen und Juden in Europa.

Im Anschluss daran skizzierte Volker Külow mit gewohnter Frische den aktuellen Stand der Luxemburg-Liebknecht-Forschung. Im Mittelpunkt dabei die pünktlich zum 150. Geburtstag von Karl Liebknecht im August 2021 präsentierte Liebknecht-Biografie des renommierten Sozialwissenschaftlers und Regisseurs Klaus Gietinger, dessen Credo lautet: „Es ist an der Zeit, Karl Liebknecht wieder aus der Versenkung zu holen. Denn der Mann wird gnadenlos unterschätzt. Kein Linker und keine Linke hat mehr gegen Militarismus, gegen Rüstungskapital und Krieg gekämpft, keiner hat mehr Schützengräben dafür ausheben müssen und keiner hat den Tag der Revolution besser vorausgesehen.“ Aber auch wenn Külow nicht mit Lob für Gietinger geizt, kann er sich dennoch nicht kritischer Anmerkungen enthalten. Zwar schließe der Autor Forschungslücken und biete interessierten Leserinnen und Lesern einen kompakten Überblick, dennoch wäre es von Vorteil gewesen, die umfangreiche Forschung des Leipziger Historikers Matthias John zur Anwaltstätigkeit Liebknechts zu rezipieren. Hatte Letzterer doch weit über 200 Prozesse geführt. Selbstverständlich durfte da auch nicht der Verweis auf Anneliese Laschitzka und ihre Verdienste um die Erinnerung an das Leben und Wirken von Luxemburg und Liebknecht fehlen. Hier sollte aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass Külow im regen Kontakt zu Liebknechts noch lebenden Enkeltöchtern steht und wichtige Artefakte für die museale Öffentlichkeit sichern konnte.

Holger Politt lieferte mit der Vorstellung seines mit Krzysztof Pilawski geschriebenen Buches „Rosa Luxemburg - eine Spurensuche“ wiederum einen aufregenden Einblick in die Forschung um die weitverzweigte Familie Luxemburg und brillierte dabei durch unterhaltsame Anekdoten. Ja man könnte sogar sagen, die Entstehungsgeschichte des Buches gleiche einem geschichtswissenschaftlichen Krimi, von dem hier aber nichts weiter verraten werden soll, außer: die Lektüre lohnt sich!

Dagmar Enkelmann, die Vorsitzende der Bundesstiftung Rosa Luxemburg, rahmte die Hommage schlussendlich mit anrührenden Worten zur Künstlerin Ingeborg Hunzinger (1915 -2009) und leitete das große Finale ein - die offizielle Enthüllung der Gedenkmale

im Biergarten des Felsenkellers, die sie gemeinsam mit ihrem Kollegen Gerd-Rüdiger Stephan unter dem Beifall des Publikums vornahm. Zuvor zeichnete sie nicht nur das Porträt einer genialen Künstlerin, sondern würdigte auch eine aufrechte Kommunistin, die sich weder von Parteioberen noch von antikommunistischer Hetze einschüchtern oder verbiegen ließ.

Nach der Enthüllung der Stelen traten Gastgeber und Gäste bei einem Gläschen Sekt, Speisen und Gesprächen zusammen, um den interessanten Abend mit freundlichem Gedankenaustausch ausklingen zu lassen. Rosas Salon war erneut einen Besuch wert und lieferte Einsichten und Erfahrungen, über die der Autor nur zu gerne berichtet.

Die 1999 vollendeten Reliefstelen standen ursprünglich auf dem Franz-Mehring-Platz in Berlin-Friedrichshain und bildeten dort den Hintergrund für das Rosa-Luxemburg-Denkmal von Rolf Biebl.

Vor der Kulisse der zertrümmerten Stadt Berlin erblicken wir auf der rechten Stele Rosa Luxemburgs Vertraute Mathilde. Schräg darunter begegnen wir ihr erneut, nunmehr aber in der gekrümmten Gestalt einer nach Theresienstadt Deportierten Jüdin.

Die linke Stele besitzt einen gekuppelten und gerundeten Abschluss. Er gemahnt an einen traditionellen jüdischen Doppelgrabstein. Darunter befindet sich die halbfigurige Gestalt Karl Liebknechts. Weiter unten stürzen zwei Menschen kopfüber ins Nichts, Liebknecht und Luxemburg nach ihrer Ermordung. In der unteren rechten Ecke des linken Reliefs erblicken wir schließlich eine hockende, zusammengekrümmte menschliche Gestalt, den entsetzten Zeitgenossen.



Die Hauptakteure der Hommage am 21. Oktober: Dr. Holger Politt, Gerd-Rüdiger Stephan, Dr. Ursula Wohlfeld, Prof. Dr. Manfred Neuhaus, Dr. Dagmar Enkelmann und Dr. Volker Külow (Foto: Margitta Hollick)

Foto: SDS Leipzig



3 Bilder aus dem Oktober:

Bild links oben: Vom 28. bis 30. Oktober organisierte der sozialistisch-demokratische Studierendenverband DIE LINKE. SDS den System Change Kongress an der Uni in Leipzig. Daran beteiligten sich über 1.500 Menschen und diskutierten über Theorie und Praxis eines ökologischen Sozialismus. Die am Kongress beteiligten, hatten keine Lust auf Pessimismus, sondern sind radikal hoffnungsvoll und voller Mut, sich den Herausforderungen der kommenden Jahre zu stellen.

Bild rechts oben: Wir sind aktuell auf Kundgebungen und Demonstrationen aber auch mit vielen Infoständen in und um Leipzig unterwegs, um im Rahmen der #HeißerHerbst Kampagne gegen die Preissteigerungen zu protestieren und LINKE Alternativen zur aktuellen Krisenpolitik zu präsentieren. Im Rahmen seiner Herbsttour war am 3. November dabei Sören Pellmann gemeinsam mit Juliane Nagel und anderen GenossInnen im Leipziger Süden unterwegs.

Bild rechts unten: Auch im Leipziger Osten waren am 4. November die GenossInnen am Start, um über LINKE Alternativen zur herrschenden Politik zu informieren und die Menschen zum Protest zu mobilisieren.



Foto: Oliver Gebhardt



Foto: Uwe Fiedler

Stellenausschreibungen

BüroleiterIn in der Geschäftsstelle der Stadtratsfraktion

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig sucht zum 1. Februar 2023 befristet bis zum Ende der Wahlperiode des Stadtrates August 2024 eine/n Büroleiterin/Büroleiter für die Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig.

FraktionsreferentIn für die Themen Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Umweltpolitik und Ordnung

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig sucht zum 1. Februar 2023 befristet bis zum Ende der Wahlperiode des Stadtrates August 2024 eine/n Fraktionsreferentin/Fraktionsreferenten für die Themen Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Umweltpolitik und Ordnung.

Die Fraktion DIE LINKE gewährleistet die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und ist bestrebt, den Frauenanteil zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt. Die Fraktion DIE LINKE sieht sich bei der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet und begrüßt deshalb Bewerbungen schwerbehinderter Menschen. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden nach Maßgabe des SGB IX bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Aussagekräftige Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen sind bitte per Post oder E-Mail bis 27.11.2022 zu richten an Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig, Neues Rathaus, 04092 Leipzig oder linksfraktion@leipzig.de

📄 Hier zur vollständigen Ausschreibung:
<https://www.linksfraktion-leipzig.de/aufmacher/stellenausschreibungen/>

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

■ **Verteilaktion:** Links - die neue Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ist nun vor Ort angeliefert und im Liebknecht-Haus abholbereit.

■ **Hintergrund:** Die Strompreise gehen durch die Decke, und im Netz kursieren Anleitungen für selbstgebastelte Teelicht-Öfen, mit denen manche hoffen, Heizkosten sparen zu können. Viele Menschen wissen zurzeit nicht mehr, wie sie über den Winter kommen und ihr tägliches Leben finanzieren sollen. In der ersten Ausgabe unserer neuen Zeitung "Links" geht es insbesondere um die Menschen, die in dieser Krise leiden. Es geht um diejenigen, die für die Situation politisch verantwortlich sind, diejenigen, die von den Krisen profitieren – und auch darum, wie es besser gehen kann.

■ **Mitteilungsblatt 12/2022 – 1/2023:** Die nächste Ausgabe des MiB wird eine Doppelnummer. Bitte beachtet dies bei der Abgabe von Texten und Terminen.



Termine - Heißer Herbst

Wir organisieren im ganzen Land Kundgebungen und Demonstrationen: unser heißer Herbst gegen die soziale Kälte!

Die nächsten Kundgebungen und Demonstrationen in Leipzig finden am: 28.11. und 12.12. statt.

Weitere Informationen für Leipzig und Sachsen findest du unter:

DIE LINKE. Leipzig:

<https://gleft.de/4Ub>

DIE LINKE. Sachsen:

<https://gleft.de/4Ua>

Ukraine – mögliche Wege aus einem Krieg und die Veränderung der Welt

Wann: Di., 22. November 2022, 19 Uhr

Wo: Digital / Internet / Stream

Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung

Mit Ingar Solty (Referent Friedens- und Sicherheitspolitik der RLS)

Seit dem 24. Februar 2022 wütet in der Ukraine ein von Russland ausgehender erbarmungsloser Krieg. Ortschaften werden dem Boden gleichgemacht, Menschen werden getötet, gefoltert, verletzt und traumatisiert. Es droht eine weltweite Hungerkatastrophe, da Getreide nicht mehr ausgeführt werden kann. In Deutschland findet eine Aufrüstung statt, die Vielen so nicht mehr möglich erschien.

Wir fragen deshalb: Wie kommt man aus diesem Krieg heraus? Wie kann man rasch das Leid und die Zerstörung beenden? Wie hat sich die weltpolitische Konstellation mit dem Ukrainekrieg verändert? Welche Konsequenzen sollten wir aus diesem Krieg ziehen?

📅 **Anmeldung bis Mo. 21. November 2022**
per E-Mail: anmeldung@rosalux-sachsen.de

Brasilien – Wie weiter nach der Präsidentschaftswahl

Wann: Mi., 23. November 2022, 19 Uhr

Wo: Digital / Internet / Stream

Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung

Mit Niklas Franzen (Autor)

„Brasilien über alles, Gott über allen“, lautete im Jahr 2018 die Wahlkampfparole von Jair Bolsonaro. Sein fulminanter Aufstieg zum Präsidenten Brasiliens hat das Land stark verändert und einer „konservativen Revolution“ ausgesetzt. Mit Bolsonaros Segen konnten sich fundamentalistische Christ*innen in den politischen Institutionen des Landes festsetzen, während Goldgräber*innen und Holzfäller*innen ganze Landstriche in Amazonien erobert haben, und immer mehr Waffen im Umlauf sind.

Die Folgen seiner Amtszeit sind verheerend, denn Bolsonaro hat das größte Land Lateinamerikas an den Rand des Kollaps geführt: traumatisiert durch die Pandemie, als Aussätziger im Ausland gehandelt, zernagt durch die Wirtschaftskrise. Dennoch kann sich der Rechtsradikale auf den harten Kern seiner Unterstützer*innen verlassen. Mit dem Bolsonarismus gibt es eine schlagkräftige Bewegung, die treu hinter ihrem Idol steht. Welche langfristigen Auswirkungen wird die Präsidentschaft Bolsonaros haben? Wie ging die Stichwahl 2022 aus? Was ist von der Linken und Lula zu erwarten? Diese und weitere Fragen beantwortet der Autor und Journalist Niklas Franzen in unserer Veranstaltung. Im Mai 2022 ist sein Buch »Brasilien über alles. Bolsonaro und die rechte Revolte« bei Assoziation A erschienen.

📅 **Anmeldung bis Mo. 21. November 2022**
per E-Mail: anmeldung@rosalux-sachsen.de

Podiumsdiskussion zum Thema Leiharbeit

Wann: Di., 29. November 2022, 18 Uhr

Wo: Tanzlokal Naumanns, Karl-Heine-Str. 32

Die AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN in Leipzig organisiert am 29.11.22 ab 18 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema "Leiharbeit - Gerechtigkeit ist mehr als ‚Equal Pay‘" im Tanzlokal im Felsenkeller mit folgenden Gästen: Jan Richter (Partei Vorstand DIE LINKE), Bernd Kruppa (1. Bevollmächtigter IG Metall Sachsen), Eine LeiharbeiterIn, Eine GewerkschaftssekretärIn.

DIE LINKE will die Verhältnisse in der Leiharbeitsbranche zugunsten der Beschäftigten grundlegend verändern. Wir haben dazu das beste Angebot aller Bundestagsparteien in unserem Programm. Nur wissen das die meisten der etwa 820.000 LeiharbeiterInnen nicht und wählen uns auch nicht dafür. Diskutiert werden darum die Forderungen der LINKEN nach **gleicher Bezahlung** für LeiharbeiterInnen und Stammebelegschaft ab dem ersten Einsatztag + **10% Flexibilitätszulage**, die **Befristung der Überlassungshöchstdauer auf maximal drei Monate**, mehr **Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte** sowie Argumente für und gegen ein eventuelles **Verbot der Leiharbeit**.

Weitere Fragen werden sein: Wie kann mehr Mitbestimmung der Arbeitskräfte erreicht werden? Wie kann verhindert werden, dass Arbeitgeber weiterhin Leiharbeit missbrauchen? Oder sollte man Leiharbeit gleich komplett verbieten?

Natürlich wird es auch die Möglichkeit geben, direkt Fragen an die Podiumsgäste zu stellen und mit den hoffentlich zahlreich erscheinenden Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern ins Gespräch zu kommen.



Gysi kommt!

Wann: Fr., 2. Dezember 2022, 17 Uhr

Wo: Chemnitz

„Heißer Herbst“ Kundgebung mit Gregor und Sören

Es ist stets das gleiche Spiel: Krisenlasten werden den Menschen aufgebürdet, die jeden Tag zur Arbeit gehen, den Rentnerinnen und Rentnern, jenen, die sowieso schon wenig haben, den Studierenden, Familien. In der Krise wächst die Umverteilung von unten nach oben. Das wird DIE LINKE nicht akzeptieren und weiter dagegen protestieren! Für die gemeinsame Anreise wendet euch bitte ans Liebknecht-Haus!

Impressum

Herausgeberin:

Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (v.i.s.a.P.), Steffi Deutschmann, Sören Pellmann, Adam Bednarsky

Gestaltung: Johannes Schmidt

Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 05.12., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.